



Experten aus Kommunen, Polizeibehörden und Sicherheitsunternehmen diskutierten zusammen mit NRW-Innenminister Herbert Reul beim RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“ im Verlagsgebäude der Rheinischen Post in Düsseldorf darüber, wie sicher das Land ist und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit beitragen können. Im Mittelpunkt stand dabei die aktuelle Umfrage „Wie sicher ist Deutschland?“ des RP-Forums. FOTOS: ALOIS MÜLLER

Sicherheit: Behörden nehmen Forderungen der Bürger auf

Die Menschen erwarten, dass der Staat das Recht durchsetzt, um Sicherheit im Alltag zu gewährleisten. Das zeigt die RP-Umfrage „Wie sicher ist Deutschland?“. Beim RP-Forum zum Thema setzten sich Sicherheitsexperten damit auseinander, unter ihnen NRW-Innenminister Herbert Reul.

VON JÜRGEN GROSCHE

Überfälle und Diebstähle in der Stadt, Bedrängen und Beleidigungen von Ordnungskräften, Einbrüche, ja, und auch Angst vor Terroranschlägen: Wer im Bekanntheitskreis das Thema Sicherheit anspricht, löst damit häufig emotional geführte Debatten aus.

Fragt man genauer nach, haben die Menschen durchaus ein differenzierteres Bild, wie die aktuelle Umfrage „Wie sicher ist Deutschland?“ des RP-Forums zeigt (siehe Artikel „RP-Leser wollen mehr Polizei und null Toleranz“). Vor allem haben sie an Politik und Sicherheitsexperten Wünsche und Forderungen geäußert, denen sich Spezialisten aus Sicherheitsunternehmen sowie Vertreter von Polizei und Kommunen beim 4. RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“ stellten.

Ganz hoch auf seiner politischen Agenda hängt auch NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) das Thema, der ebenfalls am Forum teilnahm. Er wurde begrüßt von Johannes Werle, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Rheinisch-Bergischen Verlagsgesellschaft, und von Matthi-

as Körner, Geschäftsführer der Rheinische Post Verlagsgesellschaft. Körner zeigte sich vom Forum „beeindruckt, dass es gelungen ist, hier eine Plattform zu schaffen und einen Themenkreis zu diskutieren, der ein weites Spektrum umfaßt“. Körner spannte den Bogen von Einbruchs- über Cyberkriminalität bis zu globalen Themen wie den Terrorismus.

Leser wünschen Video-Beobachtung

In der Diskussionsrunde greifen die Experten insbesondere das Votum der RP-Leser für die Videoüberwachung auf – oder besser „Video-Beobachtung“, wie Ulrich Weynell (ISN Technologies AG) betont. Die Menschen seien bereit, dies zu akzeptieren, stellt Weynell fest. Für Oliver P. Kuhrt (Messe Essen) ist es erfreulich, dass die Sorge, der Staat oder Dritland würden die Menschen zu stark überwachen, so von der Bevölkerung nicht geteilt werde. „Unsere Fragestellung hat sich unterschieden von anderen Umfragen. Deshalb haben wir ein ehrliches Meinungsbild bekommen“, sagt Jens Washausen (Geos Germany). Doch verbessert die Video-Beobachtung die Sicher-

heit tatsächlich? Dies beurteilen die Diskussionsteilnehmer differenziert. Sie sei ein „Mosaikstein“ in der Sicherheitsarchitektur, sagt Minister Reul, und sie sei dann sinnvoll, wenn die Polizei direkt eingreifen könne.

Genau dies betont auch der Essener Polizeipräsident Frank Richter. Zwei Minuten – länger dürfe das nicht dauern. „Dafür müssen aber die Interventionskräfte da sein.“ Das sei personalintensiv. Video-Beobachtung sei zur Prävention sinnvoll, damit es erst gar nicht zu Straftaten komme. Aus mehrjähriger Erfahrung in Düsseldorf weiß auch der Polizeipräsident der Stadt, Norbert Wesseler, dass das Instrument sehr effektiv sei, was die Gefahrenabwehr betrifft.

In der Öffentlichkeit werde das Thema indes häufig nur unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes diskutiert, wendet Reul ein. Doch geht hier auch die Technik weiter. Mit Hilfe künstlicher Intelligenz könnten bereits Bewegungsabläufe auf eine Weise analysiert werden, also zum Beispiel Prügeleien, die von Datenschutzbeauftragten als rechtskonform bewertet würden, erklärt Christian Kromberg, Sicherheitsde-

zernent der Stadt Essen. Dr. Christian Endreß von der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW NRW) geht davon aus, dass es in wenigen Jahren vollautomatische Video-Beobachtungssysteme geben werde. „Die Preise gehen spürbar zurück“, fügt Weynell hinzu. Der Einsatz sei also weniger eine Frage des Geldes, sondern ein rechtliches Thema.

Schon heute sei die Video-Beobachtung wesentlich kostengünstiger als Personaleinsatz, um Sicherheit effizient zu gestalten, sagt Daniel Schleimer (Securitas). Sie erleichtere Sicherheitsexperten den Arbeitsalltag, merkt Uwe Gerstenberg (consulting plus Sicherheit) an. Menschen reagieren nach seiner Beobachtung zum Beispiel auf Bahnsteigen ungewohnter und freier, wenn sie sich in der Nähe von Kameras wissen.

So viel wird aber wohl gar nicht überwacht. In Köln seien es mit 48 Kameras gerade mal 0,02 Prozent des Stadtgebiets, sagt Polizeipräsident Uwe Jacob. „Wir wollen sehr zurückhaltend sein.“ Die Beobachtung helfe sehr, sei aber sehr aufwändig, betont Jacob wie auch sein Essener Kollege. Noch besser wäre es, wenn

es gar nicht erst zu den Situationen komme, in denen eingegriffen werden muss, führt Stefan Bisanz (consulting plus Beratung) die Diskussion weiter – und schneidet damit ein Thema an, das auch den RP-Lesern wichtig ist.

Null-Toleranz-Strategie gefragt

Dass sie mit großer Mehrheit eine Null-Toleranz-Strategie fordern, wundert Innenminister Reul nicht: „Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass die Polizei konsequent handeln muss.“ Das Leservotum spiegele den Nerv der Zeit, stellt Bisanz fest: „Menschen brauchen Klarheit, kein Wischi-Waschi.“ Deshalb müsse der Staat auch genau definieren, was er darunter verstehe, wendet Klaus M. Brisch (DWF Germany Rechtsanwalts-gesellschaft) ein. Das sei auch eine Frage des Rechts.

Die Lesermeinung stelle „eine massive Stärkung unserer Ordnungskräfte“ dar, sagt Weynell. Die Menschen müssten allerdings auch respektieren, dass die Gesetze gelten. Polizeipräsident Richter fordert schließlich: „Wir müssen uns hinter unsere Kollegen stellen.“

Sicherheitsgefühl: Mehr Kommunikation nötig

(jgr) Beim RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“ berichtet der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacob von einer bezeichnenden Begebenheit: Einer besorgten Bürgerin erklärt er im Detail die Statistiken, die einen Rückgang verschiedener Straftaten belegen. Reaktion der Gesprächspartnerin: „Aber Sie können doch meine Angst nicht wegdiskutieren.“ Hier liegt offensichtlich ein Knackpunkt, eine Divergenz zwischen Wahrnehmung und Sachzusammenhängen. Dass das Sicherheitsgefühl häufig so dramatisch schlecht sei, während die Zahl der Straftaten jährlich sinkt, nimmt Innenminister Reul ebenfalls wahr. „Ändern lässt sich dies nur über Fakten. Aber es dauert lange, bis sich das durchsetzt.“

Als eine Ursache machen die Sicherheitsexperten die Kommunikation aus. Auf der einen Seite eine „Anarchie der Kommunikation“, die der Essener Polizeipräsident Frank Richter insbesondere in Sozialen Medien ausmacht, eine „laute Minderheit, die als Mehrheit wahrgenommen wird“ (Uwe Gerstenberg, consulting plus Sicherheit), auf der anderen Seite aber auch mangelnde Kommunikation. „Wir haben nicht genug über die innere Sicherheit gesprochen“, räumt Richter ein, „die Menschen spüren das“.

Nun stellt sich die Frage: „Wie können wir auf das subjektive Sicherheitsgefühl mehr Einfluss nehmen?“ An den Fakten liege es ja oft nicht, sagt

Norbert Wesseler, Polizeipräsident in Düsseldorf. Einen wichtigen Ansatz sieht Christian Kromberg (Stadt Essen) in einer persönlichen und authentischen Kommunikation. Menschen aus Politik, Verwaltung, Polizei und Sicherheitsfirmen müssten als glaubwürdige Persönlichkeiten zum Beispiel in Bürgerversammlungen für ihre Themen einsteigen. „das schafft Vertrauen“. Wichtig sei hier auch eine sichtbar stärkere Präsenz der Ordnungskräfte, stellen die Experten fest.

Stefan Bisanz (consulting plus Beratung) nennt hier als Beispiel die jüngsten Aktionen gegen Clan-Kriminalität. „Sie existiert seit Jahrzehnten, aber jetzt liegen Daten über Anzahl und Straftaten vor.“ Kromberg warnt allerdings vor einer „Vergeblichkeitsfalle“: Wenn mehr für Sicherheit getan wird, könnte auch der Eindruck entstehen, dass es mehr Ursachen dafür gibt.

Alle Kommunikationsbemühungen werden aber nicht reichen, wenn sich nicht auch die schweigende Mehrheit äußere, meint Reul. Immerhin zeigt hier die RP-Umfrage „Wie sicher ist Deutschland?“ ein differenziertes Bild (siehe Artikel „RP-Leser wollen mehr Polizei und null Toleranz“). Auch der Innenminister zeigte sich überrascht über die dort geäußerten positiven Angaben zum Sicherheitsgefühl. „Das spricht dafür, dass die Arbeit, die auf dem Gebiet gemacht wird, so schlecht nicht ist.“

Die Teilnehmer des RP-Forums „Sicherheit“



Wolfgang Straßer
@yet GmbH
Geschäftsführender
Gesellschafter



Dr. Christian Endreß
ASW NRW e.V.
Geschäftsführer



Uwe Gerstenberg
consulting plus
Sicherheit GmbH
Geschäftsführender
Gesellschafter



Stefan Bisanz
consulting plus
Beratung GmbH
Geschäftsführer



Klaus M. Brisch
DWF Germany
Rechtsanwalts-gesellschaft
mbH Geschäftsführer



Jens Washausen
GEOS Germany GmbH
Geschäftsführer



Ulrich Weynell
ISN Technologies AG
Vorstandsvorsitzender
(CEO)



Oliver P. Kuhrt
MESSE ESSEN
GmbH
Geschäftsführer



Herbert Reul
Ministerium des Innern des
Landes Nordrhein-Westfalen
Minister



Norbert Wesseler
Polizeipräsidium
Düsseldorf
Präsident



Frank Richter
Polizeipräsidium Essen
Präsident



Uwe Jacob
Polizeipräsidium Köln
Präsident



Johannes Werle
Rheinisch-Bergische
Verlagsgesellschaft mbH, Holding der
Rheinische Post Mediengruppe
Vorsitzender der Geschäftsführung



Matthias Körner
Rheinische Post
Verlagsgesellschaft mbH
Geschäftsführer



Daniel Schleimer
SECURITAS Services GmbH
Geschäftsführer



Christian Kromberg
Stadt Essen
Sicherheitsdezernent

Moderation José Macias, Rheinland Presse Service GmbH, Michael Krons, Phoenix

RP-Umfrage: Mehr Polizei und null Toleranz

Videoüberwachung, mehr Polizei, harte Linie – überraschend klar äußern sich RP-Leser zum Thema Sicherheit.

(jgr) Sicherheit ist eines der großen Themen, die die Menschen in Deutschland derzeit beschäftigen. Doch wie denken sie tatsächlich? Das RP-Forum der Rheinischen Post hat das Kölner Marktforschungsunternehmen Delta beauftragt, das einmal herauszufinden und dazu die Leser der Zeitung und Nutzer der Online-Angebote der RP zu befragen.

Die Ergebnisse ordnen die ansonsten oft diffus erscheinenden Stimmungslagen. So fühlt sich die Mehrheit der Befragten (65 Prozent) am eigenen Wohnort sicher, was die Menschen aber nicht davon abhält, mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit zu fordern. Ganz oben stehen die Wünsche nach mehr Polizei (66 Prozent), mehr Kontrolle durch Ordnungsdienste (52 Prozent) und mehr Videoüberwachung (50 Prozent). Eine große Mehrheit von 83 Prozent befürwortet eine Null-Toleranz-Strategie in Sicherheitsfragen.

Bei allen grundsätzlich positiven Sicherheitsgefühlen bleibt also nach Ansicht der RP-Leser noch viel zu tun, um die Lage zu verbessern. Die Befragten nehmen sich dabei nicht aus: 72 Prozent sehen Nachbarschaftshilfe und Zivilcourage als wichtige Beiträge. Gut jeder vierte befragte Leser der Rheinischen Post wäre bereit, die persönlichen Ausgaben für Sicherheit zu erhöhen. Mehr Sicherheit ließe sich auch schaffen, wenn Polizei, Ordnungskräfte und private Sicherheitsdienstleister besser zusammenarbeiteten – davon sind jedenfalls 79 Prozent der Befragten überzeugt, vor allem ältere Leser.

An der repräsentativen Umfrage „Wie sicher ist Deutschland?“ haben im Mai bis Anfang Juni genau 1334 Leser teilgenommen, davon 763 über das RP Online-Forum Sicherheit und 571 Teilnehmer aus der Leserschaft der Rheinischen Post.

Insgesamt waren diese sechs Fragen zu beantworten: Wie sicher fühlen Sie sich an Ihrem Wohnort? Reicht Ihnen die Präsenz der Polizei aus? Welche Maßnahmen würden Sie sich wünschen, um Ihre persönliche Sicherheit zu verbessern? Sind Sie bereit, mehr für Ihre eigene Sicherheit zu tun? Außerdem wurde gefragt: Sind Sie für eine intensivere Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungskräften und privaten Sicherheitsdienstleistern? Sind Sie grundsätzlich für eine Null-Toleranz-Strategie in Sicherheitsfragen?

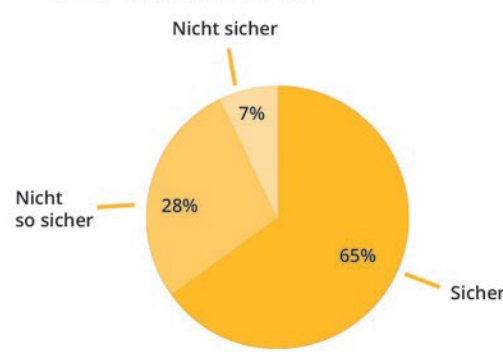
Sind Sie für eine intensivere Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungskräften und privaten Sicherheitsdienstleistern? Sind Sie grundsätzlich für eine Null-Toleranz-Strategie in Sicherheitsfragen?

Sind Sie grundsätzlich für eine Null-Toleranz-Strategie in Sicherheitsfragen?

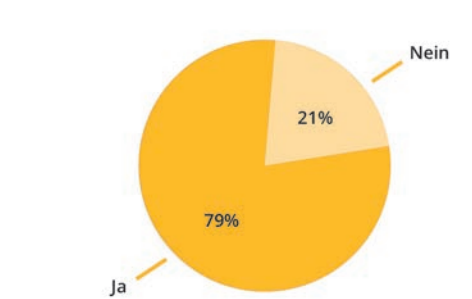
INFO

Mehr auf www.rp-forum.de. Weitere Hintergründe zum Thema sowie die ausführlichen Ergebnisse der Umfrage bietet die Seite www.sicherheit-forum.de.

Wie sicher fühlen Sie sich an Ihrem Wohnort?



Sind Sie für eine intensivere Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungskräften und privaten Sicherheitsdienstleistern?



Welche Maßnahmen würden Sie sich wünschen, um Ihre persönliche Sicherheit zu verbessern?



Quelle: Delta Marktforschung / RP-Forum

Unternehmen und Staat wollen kooperieren

Sicherheit ist eine aufwändige und teure Sache. Die private Sicherheitswirtschaft bietet an, Polizei, Kommunen und andere öffentliche Akteure zu unterstützen. Das Angebot kommt an, wie sich beim 4. RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“ zeigt.

VON JÜRGEN GROSCHE

In einem „White Paper“ hatten Mitglieder des Wirtschaftsforums „Sicherheit“ der Rheinischen Post im April NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) auf 15 Seiten „Möglichkeiten der privaten (Sicherheits-)Wirtschaft zur Unterstützung staatlicher Institutionen zur Verbesserung des Sicherheitsniveaus in Nordrhein-Westfalen“ aufgezeigt. Reul nutzte das 4. RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“, um darauf zu antworten. Eine Zusammenarbeit sei „schwieriger, als man glaubt“. Was zunächst einfach klinge, entpuppe sich im Einzelfall als komplex. Reul nennt als Beispiel die Begleitung von Groß- und Schwertransporten oder das Wiegen von Lkw vor Brücken. Warum sollen dafür Polizeikräfte abgestellt werden, die anderswo fehlen? Das könnten doch auch private Sicherheitsdienste erledigen.

Doch sobald dabei hoheitliche Aufgaben anfallen oder das staatliche Gewaltmonopol tangiert ist, könne nur der Staat tätig werden, betont der Innenminister. Solche Fälle können leicht eintreten: Fließender Verkehr muss angehalten werden, Lkw dürfen eventuell nicht weiterfahren, die Identität von Fahrern muss

festgestellt werden. „Das geht nicht ohne Polizei“, erklärt Reul. Wenn Aufgaben an private Dienstleister vergeben werden, sei das Vergaberecht kompliziert, beklagt der Minister, der andererseits dem Rahmen Gutes abgewinnt: Das Vergaberecht stelle sicher, dass jedes Vorhaben geprüft werde, ob es auch den rechtlichen Vorgaben entspricht. Damit sei es auch ein „Garant für ein gutes Gelingen“.

Beim Vergaberecht beklagt Daniel Schleimer (Securitas) indes eine Starrheit bei den Ausschreibungen. Sie beinhalten häufig sehr strikte Vorgaben. Wenn ein Unternehmen für einzelne Aspekte sinnvolle Lösungen vorschlagen wolle, müssten sie als Nebenangebote in eine neue Ausschreibung gehen. Die Polizeipräsidenten am Tisch weisen auf ein Phänomen hin, das ein Outsourcen von Tätigkeiten erschwert, etwa bei der Unfallaufnahme: „Die Menschen wollen da Polizisten sehen“, sagt Frank Richter (Essen). Was auch natürlich Gründe in der Akzeptanz der Datenaufnahme bei Versicherungen und vor Gericht hat. Als problematisch haben sich zudem Abfertigungsprobleme an Flughäfen erwiesen. Die Branche müsse in solchen Fällen qualitativ daran arbeiten, sagt Oliver P. Kuhrt (Messe Essen).



NRW-Innenminister Herbert Reul (vorne, Vierter von links) tauscht sich beim RP-Forum „Sicherheit in Deutschland“ mit Experten über Möglichkeiten der Zusammenarbeit von privaten Unternehmen und staatlichen Akteuren mit dem Ziel aus, die Sicherheit im Land zu verbessern. FOTO: ALOIS MÜLLER

Anders ist es auf Gebieten, auf denen die private Sicherheit eindeutig punkten kann mit Kompetenz, Erfahrung und Know-how. Und da gebe es einiges, zeigen sich die Experten aus Politik, Polizei wie auch der Unternehmen überzeugt. „Beim Outsourcen sollten wir auf Zukunftsfragen abzielen“, schlägt Richter vor. Er denkt da etwa an die IT-Prävention. Der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacob verweist auf die Stärken, die private Sicherheitsunternehmen etwa auch bei der Wohnungssicherung haben. Daniel Schleimer regt an, die Video-Beobachtung für

Kooperationen zu nutzen. Aufnahmen von Sicherheitsdiensten könnten der Polizei in den Streifenwagen geschickt werden. Die Polizisten könnten sie direkt für ihren Einsatz nutzen.

Christian Kromberg, Sicherheitsdezernent der Stadt Essen, nennt als Beispiel Smart City-Pläne. „In solchen Feldern sollten wir Kooperationen besprechen.“ Innenminister Reul sieht insbesondere bei Themen wie Cyberkriminalität oder Kinderpornografie Potenziale für eine Zusammenarbeit: „Auf digitalen Feldern könnten wir noch mehr Möglichkeiten der Kooperation identifizieren

und das Know-how der Unternehmen für die Sicherheit nutzbar machen. Wir sind interessiert daran.“

Das gilt im Übrigen für Unternehmen, Kommunen und Behörden gleichermaßen, wie Wolfgang Straßer (@-yet GmbH) aus eigener Erfahrung weiß. In der Bekämpfung der Cyberkriminalität laufe die Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt bereits sehr gut. „Aber die Prävention in Unternehmen und Behörden ist eine Katastrophe, was wir vorfinden ist überwiegend einfach schlecht und nicht ausreichend“, beklagt Straßer. Gan-

ze Systeme seien ungeschützt. „Hier muss drastisch mehr gemacht werden und in kritischen Infrastrukturen müsste mehr Druck seitens der Behörden auf Grundlage der bestehenden Gesetze - IT-Sicherheitsgesetz - kommen“, ist der Experte überzeugt.

Klaus M. Brisch (DWF Germany Rechtsanwalts-gesellschaft) fordert zudem, dass der Informationsfluss verbessert werden müsse, zum Beispiel vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu den Unternehmen. Sicherheitsbehörden, Polizei und Unternehmen müssten beim Thema IT-Sicherheit regionalbezogen aktiv werden. Dr. Christian Endreß von der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW NRW) sieht hier andere Bundesländer weiter. So arbeite Baden-Württemberg bei der Abwehr von Cyberkriminalität bereits intensiver mit Unternehmen zusammen.

Insgesamt gehe es um das „Kernproblem Personal“, sagt Stefan Bisanz (consulting plus Beratung) und wendet sich an die staatlichen Stellen: „Wie können Sie es schaffen, mehr Polizisten für die Arbeit draußen zur Verfügung zu haben?“ Eine Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren müsse gemeinsame Schnittstellen identifizieren,

fügt Uwe Gerstenberg (consulting plus Sicherheit) hinzu: „Wir sollten konzertierte Maßnahmen erarbeiten, um die Sicherheit zu erhöhen.“

In ihrem „White Paper“ hatten die Sicherheitsexperten viele dieser Punkte bereits angeregt. „Wie kann man nun weiterverfahren?“, fragt Brisch und schlägt vor, mit Pilotprojekten zu beginnen. Vertreter von Unternehmen, Ministerium und Polizei sollten sich zu einem Austausch treffen, schlägt Gerstenberg vor. Jens Washausen (Geos Germany) hat bereits eine Idee für ein erstes Pilotprojekt: „Erstellung eines Praxishandbuchs für Kritis-Projekte in NRW-Behörden“. Bei „Kritis“ geht es um „Kritische Infrastrukturen“, die es zu schützen gilt. Das könne mit einem Anwendungsprojekt, etwa in der Implementierung in einer Behörde, begleitet werden. Wasberg greift damit auch das „Credo aus der RP-Umfrage“ auf. „Die Teilnehmer erwarten, dass wir etwas tun.“

Bei Innenminister Reul stoßen die Anregungen auf offene Ohren. Er begrüßt den Vorschlag, Pilotprojekte anzugehen. Die Diskussion zwischen privaten Sicherheitsunternehmen und öffentlich-staatlichen Stellen kann nun in eine neue Runde gehen.

Anzeige

Anzeige



www.consulting-plus.de



www.geos-germany.com



www.securitas.de



www.security-essen.de



www.isn-security.de



www.add-yet.de / www.etjeht.de



www.dwf.law



Nordrhein-Westfalen

www.aswnrw.de